

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Verleger: Auer Verlag, Leipzig, Postfach 1000. Druck: Auer Druckerei, Leipzig, Postfach 1000.

Verleger: Auer Verlag, Leipzig, Postfach 1000. Druck: Auer Druckerei, Leipzig, Postfach 1000.

Nr. 298

Freitag, den 23. Dezember 1921

16. Jahrgang

### Das Wichtigste vom Tage.

Wie vom Reichsgericht mitgeteilt wird, ist von Jagow trotz der von ihm hinterlegten Bürgschaft von 500 000 Mark in Haft genommen worden. Die Verhaftung erfolgte unmittelbar nach der Verkündung des Urteils.

Der Präsident der deutsch-polnischen Konferenz Calonder nimmt gegenwärtig in Genf mit dem Generalsekretariat des Völkerbundes Rücksprache. Seine Abreise nach Oberösterreich ist nunmehr endgültig auf den 2. Januar festgesetzt.

Nach dem Berichtstatter des Journal des Debats in London soll der oberste Rat in Cannes am 3. Januar zusammentreten.

Nunmehr liegen die Einzelergebnisse über die Abstimmungen in den Deutscher Bundestage vor. Sie bestätigen neuerlich, daß Deutschland trotz aller widrigen Umstände 54,6 Prozent der abgegebenen Stimmen erhalten hat.

### Abbruch der Londoner Verhandlungen.

Nächste Instanz: der oberste Rat.

Überraschend zufolge haben die Sachverständigen gestern Nachmittag versucht, die einander gegenüberstehenden Ansichten in der Reparationsfrage zu versöhnen. Eine Übereinstimmung sei nicht erzielt worden. Wie gemeldet wird ist die Lage folgende: Die Ansicht der Franzosen ist, daß Deutschlands Erklärung es sei nicht imstande, die Januar- und Februarrate zu zahlen, einen Versuch bedeute, sich seinen Verpflichtungen zu entziehen. Von britischer Seite sei geäußert worden, Deutschland werde große Mühe haben, das Geld zu erhalten. Die beiden einander gegenüberstehenden Ansichten zu vereinen habe sich weit schwieriger erweisen, als man angenommen hatte. Es wurde mitgeteilt, daß in dieser Frage Einmütigkeit nicht herrsche. Die Franzosen verlangen energische Maßnahmen gegen Deutschland. Die Engländer seien jedoch der Meinung, daß, wenn diese Politik verfolgt würde, der Sturz der deutschen Regierung unvermeidlich sei, was die chaotische Lage in Europa nur verschlimmern würde. Täglich schreibt, da es den beiden Premierministern nicht möglich gewesen sei, zu einem Übereinkommen zu gelangen, sei die Londoner Konferenz abgebrochen worden. Man hält es für Selbstverleugung, angesichts der bestehenden Meinungsverschiedenheiten die Erörterungen in Abwesenheit Italiens und Belgien fortzusetzen. Augenblicklich bestehe keine Wahrscheinlichkeit für eine internationale Konferenz unter Einfluß Deutschlands und Rußlands. Wie von anderer Seite mitgeteilt wird, waren die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Engländern und Franzosen so groß, daß gar kein Bericht für den Obersten Rat verfaßt wurde.

#### Der britisch-französische Gegenstoß.

Der Daily Telegraph schreibt hierzu noch: Die Beziehungen zwischen Frankreich und England sind noch ungeheurer gespannt. Die Luft zwischen ihrer Politik müsse jetzt oder niemals überbrückt werden. Die Entente sehe augenblicklich auf sehr schwacher Grundlage und müsse konsolidiert werden. Orland sei noch recht weit von Lord Georges größtem Wunsch, dem nach einem europäischen Abkommen, entfernt. Daily News sagen, weitere Besprechungen ohne die Abt. Millerton wären Selbstverleugung.

#### Das Kabinett wird abgelehnt.

Welt Partien schreibt: Das vorgeschlagene Kabinett wird abgelehnt. Deutschland soll jedoch im Januar und Februar zusammen nur 500 Millionen Goldmark zahlen. Der Betrag von 375 Millionen Goldmark, der der dreiprozentigen Ausfuhrabgabe entspricht, soll vorerst befreit gelassen werden. Die Sachverständigen würden aber eine Verstärkung der Nachbeträge des Kontrollauschusses empfehlen. Die britischen Sachverständigen hätten sich der Meinung der französischen Sachverständigen nicht angeschlossen, daß diesem Ausschuss ein Recht zur Einwirkung in die deutsche Verwaltung gegeben werde.

#### Die Warnung auf dem Markt?

Figaro schreibt zu dem Ergebnis, daß nach den Beratungen in London zu erwarten ist, Anfang Januar werde man jedenfalls in eine Periode der Konferenzen eintreten, die binnen kurzer Zeit zu einem neuen Abbruch führen würden, zu dem Deutschland sich

Deutschland eingeladen werden sollen, angeblich, um die Ueberwindung Mitteleuropas vorzubereiten, in Wirklichkeit aber, um das Werk von Versailles umzugestalten.

### Eine neue Konferenz in Cannes.

Die Ereignisse auf der Londoner Konferenz haben sich gestern Nachmittag überstürzt. Die Fortsetzung der Besprechungen erfolgt in der ersten Januarwoche in Cannes an der Riviera auf einer Tagung des Obersten Rates. Zugleich mit dem Obersten Rat in Cannes treten die Außenminister Frankreichs, Englands und Italiens in Paris am 8. Januar zusammen, um alle außenpolitischen Fragen der drei Mächte, beginnend mit der Angorfrage, zu regeln. Diese Besprechungen dürften etwa drei Wochen dauern. Gerüchte verlautet, daß Deutschland, wenn die Beratungen von Cannes einen befriedigenden Anfang nehmen, noch nachträglich zur Entsendung eines Vertreters nach Cannes aufgefordert werden soll. Nach Beendigung der Konferenzen in Cannes und Paris, also im Februar, soll die Einberufung der großen wirtschaftlichen Europakonferenz erfolgen.

### Der Stand der oberschlesischen Verhandlungen.

Staatssekretär Lewald über die Zukunft der abzutretenden Gebiete.

Pressevertretern gab Staatssekretär a. D. Lewald einen Überblick über den Stand der oberschlesischen Verhandlungen. Die Verhandlungen sind zu einem vorläufigen Abschluß gebracht worden. Während der Weihnachtsterrtage soll für das zunächst Bestmögliche die Zustimmung der Regierungstellen eingeholt werden. Auf Grund des bisherigen Verlaufes der Verhandlungen sprach Lewald die Hoffnung aus, daß es fast auf allen Gebieten zu einer Verständigung kommen werde, so daß die Tätigkeit Calonder in der Hauptsache nur eine zusammenfassende sein werde. Einige Kommissionen, wie die für Post, Eisenbahn, Wasser und Elektrizität, werden auch in den Weihnachtsterrtagen weiterarbeiten, während sich die übrigen nach Berlin begeben, um die zuständigen Ressorts vom Verlaufe ihrer bisherigen Arbeit zu unterrichten. Staatssekretär Lewald äußerte ferner, daß er den Eindruck habe, daß sich die Polen bei weitem nicht über die Größe der Schwierigkeiten klar seien, die die Uebernahme machen werde. Für die Regelung des Verkehrsverkehrs werde eine Art Nebenabkommen beschlossen werden müssen. Im übrigen bilde die Bevölkerung in dem Teile Oberschlesiens, der an Polen fällt, mit großer Sorge in die Zukunft. Dieser Teil Oberschlesiens erzeuge bisher nur etwa 10 Prozent der Lebensmittel, die seine Bevölkerung brauche. Selbstverständlich könne Deutschland die kostspielige Weiterverfolgung dieses Gebiets, wenn es vom Reiche getrennt wird, nicht übernehmen. Man habe berechnet, daß die Polen jährlich 8 1/2 Milliarden polnische Mark aufwenden müßten, um die Lebensmittelpreise auf dem jetzigen Stande zu erhalten. Von polnischer Seite sei man deshalb an die Industrie mit dem Ersuchen um eine Diskonkurrenz herangetreten. Eine besondere Sorge bereite noch die Milchfrage. Der polnisch werdende Teil Oberschlesiens erzeuge gar keine Milch. Weitere brennte die Wohnungsfrage.

#### Anerkennung der oberschlesischen Kufenschäden.

Nach Schritten, die von der oberschlesischen Industrie eingeleitet sind, besteht nunmehr die Aussicht, daß bezüglich der Kufenschäden, die durch den Polendruck der Industrie zugefügt worden sind die Interalliierte Kommission die bisher bestrittene Zahlungspflichtigung anerkennen wird.

### Reformen bei der Eisenbahn.

Unterscheidung zwischen Arbeitsleistung und Dienstbereitschaft.

Im Reichsverkehrsministerium ist der vorgeschlagene Reformentwurf eines Gesetzes über die Arbeitsleistung des Personals der Eisenbahn ausgearbeitet worden. In dem Entwurf wird ein Unterschied zwischen Arbeitsleistung als der Zeit der wirklichen Arbeitsleistung und der sogenannten Dienstbereitschaft gemacht, d. h. die Zeit, während der das Personal ohne Arbeitsleistung an der Dienststelle anwesend zu sein hat, um nach Bedarf Arbeit zu leisten. Praktisch bedeutet der Entwurf, daß z. B. die Dienstdauer eines Schrankenwärters über 8 Stunden ausgedehnt werden kann, sofern nur die Arbeitsleistung diese Dienstdauer (Dienstbereitschaft) nicht übersteigt. Man wird also unter Umständen auf einer Strecke mit durchgehendem Tag- und Nachtdienst auf einem Schrankenwärterposten innerhalb 24 Stunden mit zwei Mann auskommen, während beim schematischen Achtstundentag drei Mann nötig sind. Der Entwurf macht somit den schematischen Achtstundentag zum Achtstundentag.

Als nicht zur Arbeitsleistung gehörig werden aus der Arbeitszeit auch Pausen aus, während deren das Personal seine Arbeitsstätte verlassen darf, sowie Dienstreisen, die zur Uebernahme und nach Beendigung der Dienstgeschäfte auf der Eisenbahn zurückgelegt werden müssen. Die Dienstbereitschaft, d. h. der Zeitraum, der sich aus der Arbeitszeit, der Dienstbereitschaft, den Pausen und Dienstreisen zusammensetzt, darf nach dem Entwurf höchstens 16 Stunden betragen. Man hofft, daß sich bei allen beteiligten Stellen, nicht zuletzt beim Personal der Betriebsanstalten selbst, die Einsicht der Notwendigkeit einer Abkehr vom schematischen Achtstundentag im eigenen Interesse durchsetzt. Die Spitzenorganisationen des Eisenbahnpersonals sind im übrigen ebenso wie der Hauptbetriebs- und Beamtenschaft der Reichsbahnen im Besitze des Referentenentwurfes und haben Gelegenheit gehabt, sich mit Vertretern der Verwaltung zu besprechen.

Die Reparationskommission. Die Straßburger Neue Zeitung meldet aus Paris: Die Reparationskommission hielt am Dienstag eine Sitzung ab. Ein offizieller Bericht ist nicht ausgegeben worden. Die Reparationskommission hat eine neue Note nach Deutschland gerichtet, in der sie Auswurf über die für Februar verfügbare deutsche Reparationszahlung verlangt.

### Kleine politische Meldungen.

Die Note der Reparationskommission. Die Straßburger Neue Zeitung meldet aus Paris: Die Reparationskommission hielt am Dienstag eine Sitzung ab. Ein offizieller Bericht ist nicht ausgegeben worden. Die Reparationskommission hat eine neue Note nach Deutschland gerichtet, in der sie Auswurf über die für Februar verfügbare deutsche Reparationszahlung verlangt.

Was ist Jagow? Jagow ist entgegen seiner letzten Brieflichen Ankündigung weder Mittwoch abend noch Donnerstag früh nach Potsdam zurückgekehrt, es sind auch von ihm keine Nachrichten in seiner Wohnung eingetroffen. Dem Vorwärts zufolge wäre er jedoch in Haft genommen worden, doch liegt die jetzt eine Bestätigung dieser Nachricht noch nicht vor. Jagow hinterlegte beim Gericht eine Bürgschaftsumme von 4 Millionen Mark.

Generaloberst v. Bessler. Der Grobener von Antwerpen und spätere Generalgouverneur von Warschau, Generaloberst v. Bessler, ist am Mittwoch im 71. Lebensjahre in einem Sanatorium in Neu-Wabersberg gestorben. Bessler war Soldat mit Herz und Seele und weniger Politiker und Diplomat. Aus diesem Grunde vornehmlich blieb es ihm damals verweigert, das ungenutzte preußische Unternehmen zu Deutschlands Gunsten zu meistern. Nach dem Kriege hatte er sich zu seiner Erholung nach Neu-Wabersberg begeben, wo er in völliger Zurückgezogenheit bis zu seinem Ende lebte.

Die Note Trajane unter Auflage. Wie die Note Trajane mitteilt, hat die Staatsanwaltschaft den Vorlesungen der Kommunistischen Partei Österreichs, Tomana, sowie das Blatt selbst wegen Aufreizung zum Klassenhaß unter Auflage gestellt. Gegen den Kommunistenführer Frey schwört eine Untersuchung, weil er unter dem Verdacht steht, die Wählerlisten im Militärkreis vorbereitet zu haben.

Eine deutsch-französische Gewerkschaftskonferenz. Gestern Nachmittag gerieten in Frankfurt a. M. die Abgeordneten der deutschen und französischen Gewerkschaften zu einer Konferenz zusammen, die sich im ersten Anlauf mit dem Wiederaufbau der 11 zerstörten Dörfer bei Chaumes beschäftigen wird. An der Konferenz, die vertraulicher Natur ist, nehmen 16 Franzosen von der C. G. T. unter Führung von Jouhaux und Laurent teil. Auch die Bevölkerung der zerstörten Dörfer ist durch einen Abgeordneten vertreten. Die deutschen Gewerkschaften entsandten Reichs-Delegierte die bereits an den Pariser Verhandlungen teilgenommen haben.

Sturz der albanischen Regierung. In den letzten Kämpfen bei Tirana ist der Führer Essad-Paschas Kallim gefallen. Die albanische Regierung wurde von Anhängern Essad-Paschas gestürzt. Diese bildeten ein neues Kabinett. Ahmed Bey, ein Verwandter Essad-Paschas, marschiert in der Richtung auf Tirana. Die Delegierten des Völkerbundes haben Tirana verlassen.

Die Verhandlungen über die Schantung-Frage verlagert. Nach einer Washingtoner Meldung sind die chinesisch-japanischen Verhandlungen über die Schantung-Frage auf unbestimmte Zeit verlagert, ohne daß ein Übereinkommen bezüglich der Kontrolle über die Tientsin-Tianfu-Eisenbahn erzielt wurde. Die japanischen Delegierten teilten mit, daß sie Tokio um Instruktionen über die gesamte Schantung-Frage ersuchen müßten.

### Bezirksauschussung

der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg.

In der letzten Sitzung des Bezirksauschusses der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg im Sitzungssaale des Stadthauses zu Aue am 21. Dezember führte den Vorsitz Amtshauptmann Dr. Kaeßner. Die Tagesordnung umfaßte 50 Punkte. Genehmigung von Mandaten: die Nachträge zu den Gemeindesteuerordnungen für Wuldenhammer, Reichardtshaus und Wolfgrün über die Vermögenssteuer, der 3. Nachtrag zur Gemeindesteuerordnung für Markersbach, die Nachträge zu den Gemeindesteuerordnungen für Wernsdorf und Hundshausel über Hundesteuer, der 2. Nachtrag zum Freiwald-Graben für die Gemeinde Wilsdruff, die Nach-

Vertical text on the left margin, partially cut off.